

Dossier Lernen

Weltpolizei im Wertewandel

Seine geschickte Haltung auf dem internationalen Parkett trägt Barack Obama zuhause den Vorwurf ein, „post-amerikanisch“ zu sein. Und nicht genug: Zahlreiche US-Konservative sehen durch die Außenpolitik des Weißen Hauses den American Exceptionalism bedroht.

John Bolton lehnt sich weit hinaus. Der ehemals interimistische UN-Botschafter der USA, eingesetzt von George W. Bush, muss erst den richtigen Rahmen schaffen, um zu seinem Buch überzuleiten, *Wie Barack Obama die nationale Souveränität gefährdet*. Alle anderen Präsidenten hätten es verstanden, sagt Bolton, Obama aber sei der erste „post-amerikanische Präsident“. Er spielt mit dem Begriff post-racial: Obama, dessen Hautfarbe nicht mehr wichtig ist. Was Obama nicht verstanden hätte, ahnt einer in der Reihe hinter mir bereits: Er zieht geräuschvoll Luft ein. Gefährliches Terrain ist das. Wird er es sagen, unamerikanisch, unpatriotisch? Es wäre die wohl größte Beschuldigung unter den paar tausend Waffenträgern hier, allesamt wertekonservativ, vaterlandstreu.

Bolton, seit jeher mehr Aufwiegler als Diplomat, spürt die Anspannung. Das Publikum hängt an seinen Lippen, als er abschwächt: „Um klarzustellen, ich habe nicht unamerikanisch gesagt.“ Ebenso wie sich manche Briten Europäer nennen und damit über Nationalismus hinwegsetzen würden, hätte auch Obama den nächsten logischen Schritt getan: „Er ist ein Weltenbürger!“ Was anderswo Anerkennung ist, klingt hier nach Aussatz. Nun ist Bolton am Kern seiner Argumentation gelangt: Obama würde nicht genug an den American Exceptionalism glauben: „Nicht an die Worte von John Winthrop, über die Stadt am Hügel, und dass wir das neue Jerusalem seien.“

Die Weltpolizei

Amerika ist anders. Seine Verfassung stützt es in seiner Rolle als eine Art Weltpolizei. Die Geburtsstunde des Einwanderungslandes



Wenn sich die US-Außenpolitik vom American Exceptionalism entfernt und an internationalen Interessen orientiert, wird nach Ansicht vieler Konservativer die Souveränität des Staates untergraben. Foto: Photos.com

als vereinter Staat folgte auf einen Unabhängigkeitskrieg, die kritische Haltung gegenüber Einmischungen des Staates ist geblieben. Die Eigenverantwortung der Einzelnen wird hochgehalten wie die persönliche Freiheit. Exceptionalism im engeren Sinn soll auf den französischen Politiker und Historiker Alexis de Tocqueville zurückgehen, der im 19. Jahrhundert konstatierte, dass die USA die erste funktionierende repräsentative Demokratie seien. Seymour Martin Lipset, Autor des Buches *American Exceptionalism: Ein zweischneidiges Schwert*, verweist bei seiner Erklärung des Begriffs auf Winston Churchill: „Amerikaner zu sein, ist eine ideologische Verpflichtung. Es ist keine Frage der Geburt. Wer amerikanische Werte zurückweist, ist unamerikanisch.“ Genau jene Werte meinen Konservative, wenn sie heute vom Exceptionalism sprechen: die Chance, über harte Arbeit alles zu erreichen; das Beharren auf das Gute im Menschen; Patriotismus. Wenn

die Rechten gegen Obamas Politik hetzen und Angst schüren, dass braven Bürgern alles hart Erarbeitete weggenommen wird, geht es ums Geld, aber auch um die Stellung des Landes. Dass die Guten der Welt Amerika nicht mehr beneiden, die Bösen es nicht mehr fürchten und es für einen Staat wie jeden anderen halten könnten. „Wenn jeder außergewöhnlich ist, ist keiner außergewöhnlich“, sagt Bolton dazu.

Machtspiele mit der UNO

Für Pamela Geller, Autorin des Buches *Die post-amerikanische Präsidentschaft*, kompromittiert Obama die US-Souveränität zugunsten internationaler Zusammenarbeit, allen voran jener mit den Vereinten Nationen. Die Vormachtstellung der USA, insbesondere ab den 1990er Jahren, führte immer wieder zu Konflikten mit der UNO. Doch schon unter Ronald Reagan verweigerten die USA Beitragszahlungen, um so Druck auf die Staatengemeinschaft auszuüben.

Laut Telefonumfrage von Rasmussen Reports im Mai sind 71 Prozent der US-Bürger überzeugt, dass ihr Land besser als die UNO sei, um Gutes in der Welt zu verbreiten. In Obamas National Security Strategy for 2010 ist indes nachzulesen, dass die USA ihre Koordination mit der UNO verbessern und Beitragszahlungen leisten werden.

Bolton zitiert beim Treffen der National Rifle Association schließlich Ex-UNO-Generalsekretär Kofi Annan, der den Sicherheitsrat „die einzige Instanz für legitimen Einsatz von Gewalt“ nannte. „Ich würde einen Präsidenten einmal gerne sagen hören, dass es für die USA keine höhere Amtsbefugnis gibt, als die Verfassung“, so Bolton. Dann berichtet er, dass Libyen jüngst in den UN-Menschenrechtsrat gewählt wurde und de Iran davor in die Kommission für Frauenrechte. Im Saal ist lautes Lachen zu hören. Boltons Verleger kann stolz auf ihn sein.

Alexandra Riegler